

Tzu-hui Yang

Die Appellentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts



Nomos Verlagsgesellschaft
Baden-Baden

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
<i>Erstes Kapitel:</i>	
<i>Einleitung</i>	19
A. Die Problematik der Entscheidungsaussprüche des Bundesverfassungsgerichts bei Normenkontrollen	19
I. Grundlagen	19
II. Übersicht über die Entscheidungsaussprüche bei Normenkontrollen	21
B. Appellentscheidungen als eine eigenständige Entscheidungsvariante des Bundesverfassungsgerichts	26
<i>Zweites Kapitel:</i>	
<i>Entstehungsgeschichte der Appellentscheidungen in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts</i>	31
A. Ausgangsfälle	31
I. Das Urteil zur Höfeordnung für die britische Zone	31
II. Der Beschluß zur Wahlkreiseinteilung vom 22. Mai 1963	35
B. Die Formulierung der Appellentscheidungen durch das Bundesverfassungsgericht	37
I. Hinnahme des Gesetzes für eine Übergangszeit und Verpflichtung zur Gesetzesänderung oder Neuregelung	37
II. Überprüfung der Prognosen	39
III. Respekt vor der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers und verfassungsrechtliche Beanstandung, wenn er eine sachgerechtere Lösung unterlässt	43
IV. Einräumung einer angemessenen Zeit zur Sammlung von Erfahrungen bei komplexen Sachverhalten	45
V. Vereinbarkeitsfeststellung „nach Maßgabe der Gründe“ für ergänzende Regelungen und Pflicht zur weiteren Beobachtung, Korrektur und Nachbesserung	47

<i>Drittes Kapitel:</i>	
<i>Entwicklung des Begriffs der Appellentscheidungen</i>	51
A. Die Terminologie der Appellentscheidungen von <i>Rupp-v. Brünneck</i>	51
B. Die weitere Entwicklung des Begriffs der Appellentscheidungen	54
I. Kritische Auseinandersetzung mit verschiedenen Ansätzen in der Literatur	54
1. Unterfall der Vereinbarkeitserklärung	55
a) Bereits verfassungswidrige Gesetze und schon jetzt voraussehbar verfassungswidrige Gesetze	55
b) Appellentscheidung im engen Sinne und übereinstimmende Ansicht mit <i>Rupp-v. Brünneck</i>	57
c) Abgrenzung von „noch verfassungsmäßigen“ und „bloß verfassungswidrigen“ Rechtslagen	59
d) Appellentscheidungen in der „Noch-Verfassungs- mäßigkeit“	63
e) Konstellation zwischen der Erklärung der Verfassungswidrigkeit und einem verfassungs- mäßigen Zustand	69
f) Eingeschränkte Vereinbarkeitsentscheidungen mit einem Appell an den Gesetzgeber	70
2. Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Norm lediglich in den Entscheidungsgründen verbunden mit Appellen an den Gesetzgeber	71
3. Vorstufe zur Nichtigkeitsklärung (Verfassungswidrigkeitsklärung)	74
4. Feststellung der Verfassungswidrigkeit einer Norm ohne Ausspruch der Nichtigkeitsklärung verbunden mit Gesetzgebungspflichten	78
5. Unvereinbarerklärung mit Appellen an den Gesetzgeber	79
6. Warn-, Ankündigungs- oder Signalentscheidungen	80
7. Gesetzgebungsaufträge des Bundesverfassungsgerichts	84
8. Unterscheidung von einfacher und qualifizierter Appellentscheidung nach dem Inhalt der Handlungsaufträge und Variationsbreite von Appellentscheidungen	87
9. Sonstige Ansichten	91
10. Ergebnis	95
II. Eigener Ansatz	99

1. Versuch einer Definition	100
2. Zwei Erscheinungsformen der Appellentscheidungen	102
a) Appellentscheidungen auf der Grundlage einer bereits verfassungswidrigen Norm bzw. einer impliziten Unvereinbarerklärung	102
aa) Keine Tenorierung der Verfassungswidrigkeit	103
bb) Appelle in den Entscheidungsgründen	104
cc) Fristsetzung	106
b) Appellentscheidungen auf der Grundlage einer noch nicht verfassungswidrigen Norm bzw. einer in Zukunft verfassungswidrigwerdenden Norm	109
aa) Positive Vereinbarkeit mit dem Grundgesetz	110
bb) Inhalt der Appelle	111
(1) Verpflichtung des Gesetzgebers	111
(2) Äußerungen zukünftiger Entwicklungen oder prognostizierter Verfassungswidrigkeit	113
(3) Handlungsalternativen zu inhaltlichen Reformvorhaben	115
cc) Fristsetzung	116
dd) Ergebnis	117
C. Begriffliche Abgrenzung der Appellentscheidungen gegenüber ähnlichen Entscheidungsaussprüchen des Bundesverfassungsgerichts	118
I. Appellentscheidung und Unvereinbarerklärung	118
1. Grundlage und Entwicklung der Unvereinbarerklärung	118
2. Unterscheidung und Überschneidung von Appellentscheidung und Unvereinbarerklärung	123
a) Überschneidung von Unvereinbarerklärung und Appellentscheidung auf der Grundlage einer bereits verfassungswidrigen Norm	124
b) Unterscheidung von Unvereinbarerklärung und Appellentscheidung auf der Grundlage einer noch nicht verfassungswidrigen Norm	125
II. Appellentscheidung und verfassungskonforme Auslegung von Gesetzen	128
1. Zur Bedeutung, Begründung, Anwendung und Grenze der verfassungskonformen Auslegung von Gesetzen	128
2. Differenzierung zwischen Appellentscheidung und verfassungskonformer Auslegung von Gesetzen	132

<i>Viertes Kapitel:</i>	
<i>Fallkonstellationen der Appellentscheidungen</i>	139
A. Vorbemerkung	139
B. Analyse der materiell-rechtlichen Gründe der Fallkonstellationen anhand der Entscheidungspraxis des Bundesverfassungsgerichts	140
I. Ausgewählte Fallkonstellationen auf der Grundlage einer bereits verfassungswidrigen Norm	142
1. Nichterfüllte Verfassungsaufträge	142
a) Verfassungsgerichtliche Sanktionen bei nichterfüllten Verfassungsaufträgen im Wege der Appellentscheidungen	142
b) Die exemplarische Nichteheichen-Entscheidung	143
aa) Argumentationen des Bundesverfassungsgerichts zum Art. 6 Abs. 5 GG	143
bb) Resultat und Kritik	146
2. Berücksichtigung politischer Folgen der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zur Vermeidung des verfassungsrechtlichen Chaos	148
a) Vermeidung der Ausweglosigkeit eines verfassungswidrig gewählten Parlaments	149
b) Vermeidung des Staatsbankrotts	150
aa) Die besondere und einmalige Situation des damaligen Umsatzsteuergesetzes	150
bb) Resultat	153
c) Zwischenergebnis	155
3. Wandel der Verfassungsinterpretation	156
a) Normauslegungsänderung anlässlich des verfassungsdogmatischen Wandels	156
b) Ausscheiden einer Normkassation insbesondere angesichts des gewandelten Grundrechtsverständnisses in der Konstellation des Strafvollzugsgesetzes	158
4. Fehlende Evidenz des Verfassungsverstößes	162
a) Der Evidenzgedanke als Kriterium eines Verfassungsverstößes	162
b) Konstellationen nicht evidenter Verfassungswidrigkeit	163
c) Konstellationen bezüglich des Verfahrensfehlers mangels Evidenz	166
d) Zwischenergebnis	168

II. Gestaltungs- oder Einschätzungsspielraum des Gesetzgebers bei komplexen Sachverhalten oder bei legislativen Prognosen, insbesondere bei Fallkonstellationen auf der Grundlage einer noch nicht verfassungswidrigen Norm	169
1. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	170
a) Zum Begriff der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers und ihrer Respektierung aus Sicht des Bundesverfassungsgerichts	170
b) Ausgewählte Fallkonstellationen anlässlich der Respektierung der Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers bei der Neuregelung eines komplexen Sachverhalts	173
2. Prognosespielraum des Gesetzgebers	176
a) Ausgewählte Fallkonstellationen anlässlich des dem Gesetzgeber zustehenden Beurteilungs- oder Einschätzungsspielraumes bei Entscheidungen mit Prognosecharakter	176
b) Pflicht des Gesetzgebers zur Nachbesserung bei legislativen Fehlprognosen	180
III. Ausgewählte Fallkonstellationen bei beiden Formen der Appellentscheidungen anlässlich einer Änderung der tatsächlichen Verhältnisse	183
1. Das Verfassungswidrigwerden einer Norm durch veränderte Verhältnisse	183
2. Konstellationen im Besteuerungsrecht	184
3. Konstellationen im Sozialversicherungsrecht	188
C. Ergebnis	191
<i>Fünftes Kapitel:</i>	
<i>Rechtsfolgen der Appellentscheidungen</i>	197
A. Vorbemerkung	197
B. In den Appellentscheidungen benannte Gesetzgebungspflichten	199
I. Materielle Nachbesserungspflicht des Gesetzgebers	199
1. Zum Begriff der Nachbesserungspflicht in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	199
a) Begriffliche Ausprägung	200
b) Sonstige Bezeichnungen	202
2. Begründung der Nachbesserungspflicht	204
a) In der Verfassungsrechtsprechung	205

aa)	Grundsatz des allgemeinen Vorbehalts des Gesetzes	205
bb)	Grundrechtliche Schutzpflichten	207
b)	Kontroverse in der Literatur	208
aa)	Schutzwirkung der Grundrechte	208
bb)	Rechtsstaatsprinzip und grundrechtliche Schutzpflichten	211
cc)	Demokratieprinzip oder grundrechtliche Schutzpflichten	212
dd)	Fehlprognosen bzw. tatsächliche Veränderungen	213
ee)	Sämtliche denkbaren Verfassungsnormen	216
ff)	Interpretation aus Art. 20 Abs. 3 GG	217
(1)	Übertragung des Gedankens des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs auf die Nachbesserungspflicht	218
(2)	Verfassungsbindung des Gesetzgebers/ Rechtsstaatsprinzip	221
c)	Ergebnis	223
d)	Zusammenhänge zwischen Nachbesserungspflicht und grundrechtlichen Schutzpflichten	224
3.	Das Verhältnis von materieller Nachbesserungspflicht zu den Appellentscheidungen	228
a)	Nachbesserungspflicht als Oberbegriff für die Pflicht des Gesetzgebers zur Novellierung eines bestehenden Gesetzes	228
b)	Rückgriff auf den Anhaltspunkt zur Begründung für die Nachbesserungspflicht in dem anfänglichen Ausgangsfall der Appellentscheidungen - Urteil zur Höfeordnung -	231
c)	Die verfassungsgerichtliche Konkretisierung der materiellen Nachbesserungspflicht durch die Appellentscheidungen	234
II.	Gesetzgebungspflichten bei nichterfüllten Verfassungsaufträgen	236
C.	Verbindlichkeit der Appellentscheidungen	238
I.	Rechtskraft	240
1.	Begriff und Grundlagen der Rechtskraft bundesverfassungsgerichtlicher Entscheidungen	240
2.	Die objektiven Grenzen der materiellen Rechtskraft bei Appellentscheidungen	244

a) Im Fall einer noch nicht verfassungswidrigen bzw. einer verfassungswidrigwerdenden Norm	244
b) Im Fall einer bereits verfassungswidrigen Norm	248
II. Bindungswirkung	249
1. Umfang und Grenzen der Bindungswirkung gemäß § 31 Abs. 1 BVerfGG	249
a) Objektive Bindung an die Entscheidungsformel	252
b) Objektive Bindung an die tragenden Entscheidungsgründe	252
2. Bindungswirkung der Appellentscheidungen	256
a) Bindungswirkung der Appelle	256
b) Bindungswirkung der Fristsetzung	260
III. Gesetzeskraft	264
1. Bedeutung und Wirkung der Gesetzeskraft der Normenkontrollentscheidungen gemäß § 31 Abs. 2 BVerfGG	264
2. Gesetzeskraft der Appellentscheidungen	268
 <i>Sechstes Kapitel:</i>	
<i>Appellentscheidungen und Gewaltenteilung</i>	271
A. Vorbermerkung	271
B. Das Bundesverfassungsgericht im System der Gewaltenteilung	273
I. Verfassungsrechtliche und verfassungsfunktionelle Stellung des Bundesverfassungsgerichts als Gericht und als Verfassungs- organ	273
II. Legitimation der Verfassungsgerichtsbarkeit im gewalten- teilenden Rechtsstaat	276
C. Appellentscheidungen im Hinblick auf das Verhältnis des Bundesverfassungsgerichts zum Gesetzgeber	280
I. Appellentscheidungen im Spannungsverhältnis zwischen Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber	281
1. Das Bundesverfassungsgericht als Anreger des Gesetzgebers	282
2. Das Bundesverfassungsgericht als praeceptor legislatoris	285
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben des Bundesverfassungs- gerichts in den Appellentscheidungen	285
b) Bewertung und Kritik	288

II. Appellentscheidungen im Kooperationsverhältnis von Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber in der Verantwortung der Verfassungskonkretisierung bzw. zur Beseitigung verfassungsrechtlicher Mängel	290
III. Appellentscheidungen im Lichte der Ansätze zur Kompetenzabgrenzung von Bundesverfassungsgericht und Gesetzgeber	295
1. Judicial self-restraint	298
a) Zum Grundsatz des judicial self-restraint im amerikanischen Verfassungsrecht	298
b) Judicial self-restraint im deutschen Verfassungsrecht	301
aa) Judicial self-restraint nach dem Verständnis des Bundesverfassungsgerichts	301
bb) Judicial self-restraint in der Diskussion der deutschen Verfassungsrechtslehre	302
(1) Judicial self-restraint als Argumentationsfigur zu Grenzen der Verfassungsgerichtsbarkeit?	303
(11) Differenzierende Ansätze	304
(22) Einwände und Kritik	305
(2) Appellentscheidungen als Bestätigung der Ausübung von judicial self-restraint?	309
2. Funktionell-rechtlicher Ansatz	313
a) Ausgangspunkt des funktionell-rechtlichen Ansatzes	313
b) Reichweite des funktionell-rechtlichen Ansatzes	317
c) Zweifel und Kritik an dem funktionell-rechtlichen Ansatz	319
d) Gestaltungsfreiheit oder Prognosespielraum des Gesetzgebers als funktionell-rechtliche Argumentationsfigur und als Resultat einer Begrenzung der verfassungsgerichtlichen Kontrolle	322
e) Funktionell-rechtliche Berechtigung der Appellentscheidungen	325
aa) Im Fall einer bereits verfassungswidrigen Norm	327
bb) Im Fall einer noch nicht verfassungswidrigen Norm	331
cc) Gemeinsame Argumente in beiden Erscheinungsformen der Appellentscheidungen	336
D. Ergebnis	339

<i>Siebtes Kapitel:</i>	
<i>Zusammenfassung und Schlussbemerkung</i>	343
Literaturverzeichnis	353
Sachverzeichnis	377